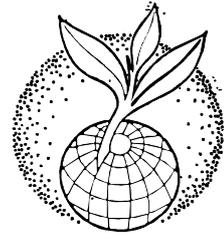


SMALL IS BEAUTIFUL



IN DIESER AUSGABE:

Enteignung der Allmende	1
Editorial	2
Arbeitsplätze und Globalisierung	3
Klopapier kllit Waldbestände	5
Hungerbekämpfung durch Gentechnik?	7
Projekte der Hoffnung	7
Ökologische Bildungs- und Naturerlebensreisen 2007	7
Buchbesprechung: Eine unbequeme Wahrheit	8
Eingebauter Klimaschutz	8
Impressum	8

„POLITIK UND MORAL sind untrennbar. Der technische Fortschritt befördert nicht automatisch die moralische Reife des Menschen. Im Gegenteil: die Zivilisation, deren Wert in den kapitalistischen Ländern des Westens in Pfund, Shilling und Pence gemessen wird, verkrüppelt den Menschen und zerstört die Natur. Wir werden nur dann zu einer wirklichen geistigen Nation werden, wenn wir mehr Wahrheit als Gold vorweisen können, größere Furchtlosigkeit als Macht und Reichtum, größere Nächstenliebe als Eigenliebe.“
Mahatma Gandhi, 1916.

Anmerkung von Paul M. Ostberg:
 Sollten wir heute diese Wort von Mahatma Gandhi leicht modifizieren? Dollar, Euro, Aktienkurse, Ausbeutung von Natur und Menschen? Sollten wir erweitern und auch sagen: ... auch der Länder des Ostens ... und somit einem Großteil der Welt?!

Gutes Recht oder Behördenwillkür?

„ENTEIGNUNG DER ALLMENDE“

Doris Rüb

Mehr als 30000 Einwendungen haben nichts genutzt: am 23. November 2006 wurde vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) ein Freisetzungsvorhaben mit genmanipuliertem Weizen genehmigt. Der Versuchsacker des Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) liegt in unmittelbarer Nähe zu den Anbauflächen einer der weltgrößten Genbanken im sachsen-anhaltinischen Gatersleben. Dort lagern Tausende alter Weizensorten, die zur Erhaltung immer wieder im Freiland angebaut werden müssen.

Wenige Tage später wurde bekannt, dass das BVL in seinem Genehmigungsbescheid die Kontamination der wertvollen Saatgutbestände der Genbank für rechtmäßig erklärt hatte. Das BVL schließt eine Verunreinigung der Genbank nicht aus, begründet die Zulassung aber damit, dass die Genbank Eigentum des antragstellenden IPK sei. Das IPK, eine Stiftung des öffentlichen Rechts, könne als Eigentümer mit der Sache nach Belieben verfahren.

Diese Weizensorten gehören nach Expertenaussagen zu der Lebensver-

sicherung der Menschheit. Sie enthalten vielfach Resistenzen gegen verschiedene Krankheiten und klimatische Bedingungen wie Trockenheit oder salzige Böden. Das sind Eigenschaften, die durch den Klimawandel vermutlich verstärkt benötigt werden. Diese Sorten werden schon seit vielen Jahrzehnten von Wissenschaftlern weltweit gesammelt und nicht nur zur Zucht, sondern auch für wissenschaftliche Arbeiten verwendet. Bei diesen Pflanzen handelt es sich nach Aussage des Umweltinstituts um „einen zentralen Bestandteil

der Kulturgeschichte der Menschheit und nicht um Privateigentum, das man nach Belieben zerstören kann.“ Schließlich wurden die Sorten nicht von ihren jetzigen Besitzern gezüchtet, sondern von verschiedenen Wissenschaftlern weltweit eingesammelt und der Genbank in Gatersleben zur Verfügung gestellt. Carl

Amery hat solche Vorfälle immer als „Enteignung der Allmende“ bezeichnet und mit der Aneignung des freien Landes durch mittelalterliche Adelige verglichen. ➡



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die Versuche der Agroindustrie, uns ihre genmanipulierten Produkte aufzudrängen, hören nicht auf. Bisher hat noch keines überzeugen können. Wer isst schon gern Cornflakes mit eingebautem Insektengift oder Soja, das garantiert gründlich mit Pflanzenvernichtungsmittel behandelt wurde, weil es dagegen ja resistent ist. Trotz aller Proteste mussten wir im vergangenen Jahr immer wieder von Skandalen berichten und im kommenden wird es wohl so weitergehen. Aber der Widerstand wird nicht nachlassen, schließlich nutzen solche Patente nur ihren Inhabern. Aber zum Glück bedeutet ein Engagement für eine menschenfreundlichere Welt nicht nur Nein-Sagen. Das Nein gegen die Kernkraft hat sich immer mehr zu einem Ja für erneuerbare Energien gewandelt, da gab es auch im Jahr 2006 wieder eine positive Entwicklung, selbst wenn diese immer noch zu langsam ist - man denke an den Klimawandel.

Neben diesen Umwelt-Themen haben wir auch diesmal die Wirtschaft nicht vergessen. Schließlich war unser Namensgeber Nationalökonom oder moderner ausgedrückt Volkswirt. Martin Schmidt-Bredow schreibt weiter über die drohende Weltwirtschaftskrise. Trotz dieses schrecklichen Wortes malt er nicht nur düstere Szenarien. Mit der Krise muss nicht zwangsläufig eine Verelendung kommen. Den dritten Teil dieser Artikelserie haben wir für die Frühjahrsausgabe geplant.

Nun wünsche ich Ihnen zusammen mit dem Vorstand der E.F. Schumacher Gesellschaft einen angenehmen Jahreswechsel und ein gutes Jahr 2007

Doris

Doris Rüb

Bisher sind alle Freisetzungsversuche von genmanipuliertem Weizen am Widerstand von Umweltorganisationen und der Bevölkerung gescheitert und auch diesmal gibt es massiven Widerstand. Im September 2006 hat allein das Umweltinstitut München 30000 Einwendungen beim BVL abgeliefert. Kein Wunder, immerhin sind gut drei Viertel aller Deutschen gegen Gentechnik auf ihrem Teller und gerade Weizen, das Brotgetreide schlechthin, ist mit vielen Emotionen verbunden. Der genmanipulierte Weizen ist zwar „nur“ als Futterpflanze vorgesehen, aber auch Futtergetreide landet nach einem Umweg über Milch und Fleisch in der menschlichen Nahrung. Zusätzlich macht die Art der Genmanipulation zumindest misstrauisch: „Durch den Einbau von Genen aus Fababohne und Gerste wurde im Labor der Proteingehalt von drei transgenen Weizen-Linien erhöht. Es wird eine geringe Reduktion des Gliadin bei erhöhtem Glutenanteil angestrebt – beides Bestandteile des so genannten Gluten, die sowohl für die backtechnischen Eigenschaften wie auch für das allergene Potential von Weizen hauptverantwortlich sind.“ So werden die Veränderungen in der Einwendung des Ökologischen Ärztebundes beschrieben. Verbesserte Backeigenschaften sind als Werbeargument sogar vorstellbar – ganz im Gegensatz zu den Eigenschaften, die sonst in Pflanzen eingebaut werden und die sich auch hier finden: Der Weizen ist gegen ein Totalherbizid von BASF resistent und er enthält Resistenzgene gegen die Antibiotika Ampicillin und Streptomycin/ Spectinomycin, die in der Humanmedizin angewendet werden. Der Einsatz von Antibiotika-Resistenzen als Marker wird sogar von Gentechnikbefürwortern abgelehnt. Auch die gentechnikfreundliche europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA fordert, diese ab 2009 nicht mehr zu verwenden. Die Gefahr, dass auf diesem Weg auch Krankheitserreger gegen die Antibiotika resistent werden ist zu hoch.

Gesundheitlich bedenklich ist auch der veränderte Proteingehalt, spätestens dann, wenn der Weizen unmittelbar in der menschlichen Ernährung Eingang findet. Die Krankheit Zöliakie bzw. Sprue ist eine Allergie gegen das Gluten im Getreide. Die Patienten dürfen ihr Leben lang keinerlei Ge-

treideprodukte essen. Da sich Allergien in der Regel erst in einem Zeitraum von acht bis zehn Jahren ausbilden, ist noch lange nicht absehbar, was dieser genveränderte Weizen möglicherweise anrichtet. Seit durch züchterische Bemühungen der Eiweißgehalt im Weizen vergrößert wurde, treten ohnehin verstärkt Allergien gegen Weizeneiweiß auf.

Die geforderten Sicherheitsmaßnahmen reduzieren zwar die Gefahr von Auskreuzungen in die Genbank-Bestände, schließen sie aber nach Ansicht der Experten von Umweltinstitut und ökologischem Ärztebund nicht aus. Unter anderem ist dabei die Flugweite der Pollen wichtig. Von Übertragungen bei Weizenpollen wurde bis in Distanzen von 1.000 m berichtet. Weizen ist zwar eine sich selbst bestäubende Pflanze, hat aber immerhin Fremdbefruchtungsraten von bis zu 10 Prozent. Hingegen geht das IPK nur von einem Fremdbefruchtungsanteil von 1- 3% aus. Auch die anderen Vorsichtsmaßnahmen können nicht mit der notwendigen absoluten Sicherheit eine Auskreuzung ausschließen. Das zeigt auch der Skandal um die genveränderte Reissorte LL Rice 601 der Firma Bayer Crop Science.

Sie wurde nur bis 2001 an der Louisiana State University ausschließlich im Freisetzungsversuch getestet und angeblich weltweit nie angebaut. Dennoch gelangte sie aus bis jetzt nicht bekannten Gründen in diverse Reisprodukte des Europäischen Lebensmittelmarktes. Auch Bt-Reis aus China war vor einem Jahr in der chinesischen Provinz Hubei angeblich nur zu Versuchszwecken angebaut worden. Obwohl einzelne Felder vernichtet worden seien, habe er sich in der Nahrungskette ausgebreitet und wurde in diesem Herbst von Greenpeace in Europäischen Regalen gefunden.

Trotz dieser schwerwiegenden Risiken hat das BVL den Probeanbau in Gatersleben genehmigt. Dabei wurden die Risiken nicht einmal bestritten. Deshalb will nun das Umweltinstitut München gegen zwei Spitzenbeamte des BVL Dienstaufsichtsbeschwerde einreichen. Das Umweltinstitut München wirft den beiden langjährige öffentliche Parteinahme für die Agro-Gentechnik und Befangenheit vor.

Weltwirtschaftskrise bis 2012 ?

Teil 2: Arbeitsplätze und Globalisierung

Martin Schmidt-Bredow

Warum verschwinden Arbeitsplätze?

Über das Verschwinden der Arbeitsplätze kursieren die unterschiedlichsten Meinungen. Eine Behauptung heißt: „Wir hätten genügend Jobs, aber die Leute seien nur nicht richtig ausgebildet.“ Richtig ist zwar, dass die Akademikerarbeitslosigkeit praktisch seit Jahrzehnten stabil ist, während die der Unqualifizierten ständig zunimmt.

Wenn man jetzt diese Unqualifizierten ständig bei der Arbeitsagentur fortbildet und ständig Bewerbungen schreiben lässt? Es gäbe immer noch nicht genug Jobs. Die Zeiten der Massenarbeit sind – bei uns – wohl für immer vorbei. Jeremy Rifkin stellt dazu die These auf: In Zukunft wird Arbeit etwas für Eliten sein. Für besondere Aufgaben wird man immer noch die Top-Ärzte, Top-Anwälte oder Top-Designer brauchen. Aber Durchschnittsqualitäten kann ein Computer oder ein Roboter künftig billiger liefern.

Dann gibt es die Unternehmer-Standard-Behauptung: „Wir haben zu wenig Jobs, weil die Löhne zu hoch und die Sozialabgaben zu teuer sind.“ Klingt angesichts des weltweiten Wettbewerbs erst mal plausibel, aber die Realität des deutschen Arbeitsmarktes ist ein Wettbewerb mit anderen EU-Ländern: Wären Löhne zu hoch, warum wandern dann jährlich 400.000 hochqualifizierte Junge aus Deutschland ab, weil woanders mehr bezahlt wird – siehe 4000 deutsche Ärzte in England?

Zur Höhe von Steuern und Abgaben sagte der Wirtschaftsweiser Peter Bofinger lakonisch, der Staat sei wie ein Hotel, man könne ein billiges oder ein komfortables wählen. Teure Komforthotels bietet danach Skandinavien, der unbestritten hohe Lebensstandard samt guter Infrastruktur habe seinen Preis, der sich in hohen Steuern ausdrückt. Wer dagegen ein billiges Quartier suche, würde in den USA fündig mit geringen staatlichen Abgaben für den Bürger. Aber

an anderer Stelle muss man privat für das zuzahlen, was Hotel America an Komfort vermissen lässt: Schlechtere Gesundheit, größere Armut, weniger Sicherheit, mehr Kriminalität.

Technischer Fortschritt kostet Jobs

Die tiefgreifendste Ursache des Abbaus von Arbeitsplätzen lässt sich schön mit folgender Geschichte beschreiben: Bis zum Aufkommen der Digitaluhren war die Schweizer Uhrenindustrie weltweit führend. Die Uhr mit einem Chip statt aufwendig feinmechanischem Räderwerk wurde erfunden – ausgerechnet im Auftrag der Schweizer Hersteller am Schweizer Uhreninstitut. Die Herren der Industrie zeigten allerdings wenig Begeisterung für das digitale Wunderding und taten es als Spielerei ab – bis es auf einer Ausstellung in Houston von den Japanern am Schweizer Stand entdeckt wurde. Was die daraus gemacht haben, ist bekannt. Innovation verhindert also in keiner Weise technologische Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil – sie befördert sogar den einstmals vom neoliberalen Vordenker Schumpeter geförderten „kreativen Zerstörungsprozess“ überlebter Technologien.

Gebetsmühle Wachstum

Schließlich das Gebets-Mantra aller Politiker, Wirtschaftsverbände und -weisen: „Mehr Wachstum“ würde mehr Arbeitsplätze bringen. Tatsächlich entstehen im Moment etwas mehr Arbeitsplätze als abgebaut werden, aber das ändert nichts an der seit 40 Jahren ansteigenden „Sägezahnkurve“, dass in jeder guten Konjunkturphase vorübergehend die Erwerbslosen etwas abnehmen, um in der folgenden Flaute dann um so stärker anzusteigen, meist eine halbe bis eine Million höher.

Würde Wachstum automatisch mehr Arbeitsplätze bedeuten, dann müssten Länder mit hohem Wachstum ihre Arbeitsplätze vermehren. Nehmen wir China mit satten Wachstumsraten von nahe 10%. Die Ar-

beitsplatzbilanz zwischen 1996 und 2003 ist negativ: MINUS 15% (Quelle Jeremy Rifkin „Das Ende der Arbeit“). Also unterm Strich auch in China dieselbe Entwicklung wie bei uns. Wie das? Ganz einfach: Arbeitsplatzkiller Nummer 1 ist – gerade auch im sich modernisierenden China – der technische Fortschritt. Aber davon sprechen Politiker äußerst ungern. Maschinen machen sich als Buhmann eben schlechter als Chinesen oder Polen. Die Politiker-Gebetsmühle Wachstum = mehr Arbeitsplätze entpuppt sich so eher als eine scheinbar überlebensnotwendige (?) Lebenslüge unserer Politik. Sonst müsste man ja grundsätzlich neue Rezepte suchen.

Ist unsere Demokratie nur mit Wachstum lebensfähig?

Wie sehr die soziale Marktwirtschaft und unsere westdeutsche Demokratie auf den Sand ewigen Wachstums gebaut sein wurden, sollen einige Politikerzitate verdeutlichen. So erklärte Mitte der 70er Jahre der damalige Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs (FDP): „Ein Nullwachstum bis 1985 löscht die Demokratie bei uns aus.“ Und 1979 setzte der CDU-Politiker Walther Leisler Kiep noch drauf: „Wenn Nullwachstum einträte, bedeutete das das Ende der Gesellschaftsordnung, in der wir leben“. Folgte man dieser Logik, müsste die Demokratie bald zu Grabe getragen werden.

Falsch globalisiertes Deutschland

Seit Jahren fragen sich viele Menschen nach den Ursachen, warum Deutschland – im Gegensatz zu vielen seiner europäischen Nachbarn – seit Jahren wirtschaftlich stagniert, obwohl wir doch Exportweltmeister sind, d.h. pro Kopf etwa 5x so viel exportieren wie die USA. Genau darin läge die Ursache, meinen Fachleute, Deutschland hätte sich in einer enormen Anstrengung „überglobalisiert“.

Nach Ansicht des früheren Vizepräsidenten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Joa-

chim Jahnke, gehört der "Exportweltmeister" Deutschland trotz steigender Außenhandelsüberschüsse bereits heute eher zu den Verlierern der Globalisierung. "Die im Interesse hoher Exporte von den Arbeitgebern erzwungene negative Einkommensentwicklung hat die für die Gesamtwirtschaft weit wichtigere Binnenkonjunktur schwer geschädigt und damit zur hohen Arbeitslosigkeit wesentlich beigetragen", sagt der Autor des Buches "Falsch globalisiert". Die Exporterfolge seien sehr ineffizient für die deutsche Binnennachfrage: von 100 im Export verdienten Euro würden nur 20 eine Binnenwertschöpfung entfalten. Jahnke steht mit seiner Kritik durchaus nicht allein. Auch der Wirtschafts-Weise Professor Bofinger sieht den einheimischen Markt vor lauter Globalisierungsanpassung vernachlässigt und sein neoliberaler Widersacher im Sachverständigenrat Hans-Werner Sinn spricht gar von der „Bazarökonomie“: Der Exportweltmeister degeneriere zum Zwischenhändler, weil immer mehr Anteile der exportierten Artikel im Ausland produziert würden.

Aus allen diese Äußerungen spricht die Sorge, dass ein internationaler Konjunkturerinbruch am härtesten den Exportweltmeister treffen würde – und in den USA zeigen sich entsprechende Vorzeichen. Deutschland wäre das erste Opfer einer weltweiten Konjunkturabkühlung

Europa-Banker Jahnke weist darauf hin, dass es weltweit nur zwei große Nationen mit einer solchen einseitigen Exportfixierung gäbe: Deutschland und China. Für China lohne sich die Sache, weil der chinesische Boom sich aus einer starken Inlandsnachfrage speist, die in Deutschland aber fehle. Vielmehr sei der Exporterfolg mit massivem Verzicht auf Binnennachfrage und Wachstum erkaufte.

Jahnke kritisiert darum auch, dass praktisch alle großen Medien diese einseitige Exportorientierung propagieren würden – ohne jede Rücksicht auf die Binnenkonjunktur und Kaufkraftentwicklung: "Die neoliberale Schule arbeitet mit einer gigantischen Desinformationskampagne. Sie verbriet über große Teile der Medien, der Verbände, der Politik und der Wirtschaftsforschungsinstitute immer dasselbe täuschende

Bild. Sie bereitet damit den nächsten unsozialen Reformschritt oder Lohn- oder Rentenstopp als jeweils unausweichlich weil vom globalen Wettbewerb diktiert vor."

Der inzwischen pensionierte Vize-Bankchef Joachim Jahnke pflegt übrigens mit großer Hingabe im Internet ein „Informationsportal Deutschland & Globalisierung“, wo sich auf 70 (!) Themenfeldern die wohl fundierteste Sammlung ständig aktualisierter kritischer Zahlen und anschaulicher Grafiken finden lässt. Insbesondere filtert er politisch erwünschte Schönungen wie z.B. vom Statistischen Bundesamt wieder heraus (<http://www.ijahnke.net>).

Jahnke bietet im Gegensatz zu vielen anderen auch Rezepte für die deutsche Politik an. So schlägt er vor, bislang wenig genutzte WTO-Bestimmungen zu nutzen, um sich gegen Einfuhren aus Ländern ohne irgendwelche Umweltstandards oder Schutz vor Kinderarbeit zu schützen, wie es z. T. bereits die US-Amerikaner immer wieder täten, um ihren Markt abzuschotten.

20:80-Gesellschaft

Auf einer hochkarätig besuchten Zukunftskonferenz der Michail-Gorbatschow-Stiftung in San Francisco tauchte 1995 erstmals der Begriff von der 20:80-Gesellschaft auf: Im fortschreitenden 21. Jahrhundert würden in entwickelten Gesellschaften nur noch ein Fünftel der Menschen für Vollerwerbstätigkeiten gebraucht, um den übrigen „Rest“ mit allem zu versorgen. Der Begriff verbreitet sich schnell. Ende der 90er ging ein chinesischer Milliardär in der deutschen Wirtschaftswoche noch weiter und erklärte ohne besonderes Bedauern, dass irgendwann die auf dem Arbeitsmarkt verbleibenden „produktiven“ 20% auch über den größten Teil der Einkommen und Vermögen verfügen würden und sich somit Welt- und Marktwirtschaft auf diese zahlungskräftige Kundschaft konzentrieren könnten.

Nur was sollte dann die aussortierte große Mehrheit von vier Fünfteln tun? Und noch wichtiger: Wovon sollen die eigentlich leben? Eine realistische Antwort erfordert wohl, sich von unserer alten Arbeitswelt als Normalzustand zu verabschieden, da diese

mit der auswandernden Industriegesellschaft für immer verschwinden dürfte.

Wie sinnstiftend ist Arbeit?

Damit gehört unser Arbeitsbegriff als solcher auf den Prüfstand. Warum muss eigentlich Erwerbsarbeit einziger Lebenssinn sein? In der Antike war Arbeit überhaupt kein erstrebenswertes Lebensziel, das überließ der gebildete und wohlhabende griechisch-römische „Vollbürger“ gerne Sklaven, Bauern und Handwerkern, also den Armen. Mit der anfänglichen Armen-Religion Christentum stieg dann die Erwerbsarbeit über das "ora et labora" des Mittelalters und den Protestantismus im 19. Jhd. (siehe Max Weber) zu einem zentralen und verpflichtenden Lebenssinn auf, zuletzt noch von der erfolgreichen Arbeiterbewegung geadelt. Gleichzeitig wurde aber technologisch alles unternommen, die ursprünglich meist schweren Arbeiten zu rationalisieren und für den Menschen abzuschaffen. Heute ist dieses Ziel endlich erreicht, erstmals in der Menschheitsgeschichte stehen mehr Güter zur Verfügung als gebraucht werden. Man nennt dies das Paradies-Paradoxon, weil sich kaum einer darüber freut, obwohl materieller Überfluss zuletzt im Paradies geherrscht hätte – gut, da reichte ja auch ein Feigenblatt.

Erforderlich wird der Abschied vom lieb gewonnenen (neo-)liberalen Idealbild des voll erwerbstätigen autonomen Menschen – schlicht weil Erwerbsarbeit als Einkommensquelle nur noch für eine Minderheit und Elite (?) verbleiben wird.

Neben dem so entstehenden Verteilungsproblem brauchen wir unbedingt eine Neubewertung des Begriffes ARBEIT. Können auch soziale (Gemeinwesen-)Arbeit, Kunst oder Umweltarbeit einen Lebenssinn stiften - neben Religion und anderen "Selbstverwirklichungen" ?

Grundeinkommen als Ausweg?

Angestoßen vom Drogeriemarkketten-Unternehmer Götz Werner sowie vom Bundespräsidenten taucht derzeit ein Thema in der öffentlichen Diskussion auf, das unter den Stichworten Grundeinkommen für Jedermann, Bürgergeld (Ulrich Beck) oder negative Einkommenssteuer (Peter Bofinger, FDP in 80ern) schon vor Jahrzehnten diskutiert wurde. Inte-

ressanterweise gibt es für diese alte Idee verschiedenste Modelle von links bis rechts, entwickelt von vorausschauenden Köpfen, die sich Gedanken darüber gemacht hatten, wovon die Menschen nach weitgehend wegrationalisierter Arbeit leben sollen. Realität ist so etwas ansatzweise ausgerechnet in den USA als Lohnzuschuss für Geringverdiener. Das wird in Alaska bereits seit 20 Jahren mit Erfolg praktiziert.

Nur—wäre so etwas bei uns finanzierbar? Machen wir eine simple Überschlagsrechnung: die gesamten deutschen Sozialausgaben betragen 2004 etwa 720 Mrd. Euro. Verteilt auf 80 Mio. Bürger ergeben sich pro Kopf immerhin 9.000 €/Jahr, also 750 € pro Monat. Zufällig genau die Größenordnung, die Götz Werner für den Einstieg empfiehlt und wo ein menschenwürdiges Existenzminimum anfängt, besonders für 2-3-Personenhaushalte.

Gäbe es ein garantiertes Grundeinkommen für Jedermann, würde dann die Mehrheit der Menschen - neben den angeblich auf der faulen Haut Liegenden - endlich das arbeiten, was sie wirklich gerne tun würden? Wäre das die Zukunft der Arbeit, während nur noch eine immer kleiner werdende Minderheit alles Lebensnotwendige herstellt? Solch eine Rationalisierung lief schon mal ab: In der Landwirtschaft arbeiten heute weniger als 3%, aber 100% leben von ihren Produkten.

Unweigerlich ist vor einem Grundeinkommen erst einmal folgender Streit auszutragen, bei dem zwei Positionen sich unversöhnlich gegenüberstehen:

1) aus Gründen der Menschenwürde sollten Menschen vom Zwang, irgendeine Arbeit annehmen zu müssen, befreit werden

2) aus Gründen der Menschenwürde sollte Menschen immer Arbeit zur Verfügung stehen und angeboten werden (Ziel Vollbeschäftigung usw.)

In dieser neuen und hoffentlich schöneren Welt, in der nur noch eine schrumpfende Minderheit arbeitet, tauchen möglicherweise neue Klassenschranken auf:

Wie werden sich folgende drei auseinanderstrebende Gruppen zueinander verhalten: Fulltimeworker, Teil-

zeitjobber und diejenigen, die nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen? Leben sie sich vielleicht so auseinander, dass eine neue Klassengesellschaft entsteht, da ja die drei Gruppen auch materiell recht unterschiedlich begütert sein dürften? Wird das Bildungsniveau noch mehr differieren zwischen Halb-Alphabetisierten und Corporate-Teamworkern?

Was droht?

Ohne echte politische Neukonzeptionen, wie es z.B. ein sicheres Grundeinkommen wäre, droht eine Massenverarmung einschließlich des Verlustes großer Teile von Mittelschicht und Mittelstand. Da dies alarmierend ist, könnte man diese Situation als „vorrevolutionär“ bezeichnen und ein Professor der sicherlich nicht als linke Kadenschmiede verschrieenen Bundeswehr-Hochschule München hat dies 2004 bereits so formuliert. Derzeit ist davon so gut wie nichts zu spüren, das eher stille Leiden der Hartz-IV-Empfänger treibt kaum jemanden auf die Straße. Dass es auch anders sein kann, zeigt Frankreich: Nicht etwa die Jugendunruhen, sondern der Versuch, für junge Arbeitnehmer den Kündigungsschutz in den ersten zwei Jahren aufzuheben, führte haarscharf am Rücktritt der Regierung vorbei. Angesichts von Massenprotesten und drohendem Generalstreik gaben die Politiker den Plan schnell auf.

KLOPAPIER KILLT WALDBESTÄNDE

Die Toilettenpapier-Industrie agiert nach jüngsten Untersuchungen der Umweltorganisation WWF alles andere als nachhaltig: Die fünf größten europäischen Produzenten von Klo- und Hygienepapier verwenden zum Großteil Zellstofffasern, die aus frisch gefällten Bäumen hergestellt werden. Gegenüber dem Ranking von 2005 konnten zwar einige Verbesserungen erreicht werden, die Situation sei allerdings immer noch nicht zufrieden stellend.

Die Umweltorganisation WWF hat die Artikel, die am Markt angeboten werden, auf den Altpapiergehalt untersucht. Demnach erreichten diesmal SCA Tissue ("Danke") mit 69 Prozent

einen guten Wert und Metsa Tissue mit 53 Prozent ein befriedigendes Ergebnis. Kimberly Clark (40 Prozent), Procter und Gamble (34 Prozent) sowie Georgia Pacific (27 Prozent) fielen dagegen zum wiederholten Mal durch eine sehr schwache Umweltleistung auf, berichtet die Umweltorganisation. Die genannten Unternehmen verfügen im Hygienepapiersektor über einen Weltmarktanteil von mehr als 75 Prozent. "Die Papierhersteller müssen endlich viel mehr Recyclingpapier oder FSC-Papier verwenden, anstatt die Wälder dieser Welt in den Toiletten hinunter zu spülen", so WWF-Waldexpertin Julitta Berchtold im Pressetext-Interview. Das Forest Stewardship Council FSC-Gütesiegel garantiere Holz- und Papier aus nachhaltiger Waldnutzung und schütze den Kahlschlag gefährdeter Hölzer. "Die strengen Kriterien machen dieses Siegel nach Ansicht des WWF zum einzigen internationalen Zertifizierungssystem, das eine umweltverträgliche, wirtschaftlich tragfähige und sozial verantwortliche Waldbewirtschaftung garantiert", meint die Expertin. "Nach wie vor werden sinnlos riesige Waldgebiete vernichtet und Tausende Tier- und Pflanzenarten sind vom Aussterben bedroht, nur damit der Farbton unseres Toilettenpapiers etwas heller ist."

Heute ist die Qualität von Recyclingpapier mit normalem Papier vergleichbar, die Umweltbilanz sei bei normalem Papier allerdings katastrophal. "Der Ruf des Recyclingpapiers als hart und unangenehm lässt die Konsumenten offensichtlich lieber zu herkömmlichen Papier greifen", erklärt Berchtold. Wie absurd diese Situation tatsächlich ist, schildert die Expertin anhand des Beispiels von Zewa-Moll-Toilettpapier. "Bei diesem Produkt handelt es sich um ein Recycling-Produkt, das aber nicht als solches deklariert ist." Wahrscheinlich fürchtet der Hersteller Verkaufseinbußen, wenn dies am Produkt vermerkt ist. Berchtold rät den Verbrauchern, beim Kauf von Toilettenpapier besonders auf den "Blauen Engel" zu achten, denn nur dieses Siegel garantiert die Herstellung aus 100 Prozent Altpapier.

Der WWF fordert die Unternehmen dazu auf, noch mehr Recyclingpapier anzubieten. pte

Hungerbekämpfung durch Gentechnik?

Mute Schimpf

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit äußert sich selten zur Gentechnik. Im Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung schreibt Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul „Mit der modernen Biotechnologie sind einerseits Chancen im Hinblick auf Zuchtfortschritte und die Entwicklung neuer Produkte im Agrarbereich [...] verbunden. Für die Beseitigung der zu meist politischen Ursachen des Hungers – angelnder Zugang zu Land, Saatgut, Wasser und unzureichende Einkommensmöglichkeiten – bietet die Biotechnologie indes keine Lösungsansätze.“ Gefördert werden in mehreren Ländern Programme zur Umsetzung des Cartagena-Protokolls. In dem Protokoll werden unter anderem Kennzeichnungsregeln bei Ein- und Ausfuhr von keimfähigem, gentechnisch verändertem Material geregelt. In Entwicklungsländern wird meist nicht zwischen der Verwendung als Lebensmittel oder als Saatgut unterschieden. Umso wichtiger ist es für Länder mit schwacher Verwaltung und Mangel an Laboren, die das Vorhandensein von GVO feststellen können, dass schon beim Import verständliche und genaue Kennzeichnungen beachtet werden. Während die Umsetzung des internationalen Regelwerks die Interessen der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern stärken kann, ist ein thematisch ähnlich ausgerichtetes, bei der Weltbank angesiedeltes Projekt zu kritisieren. Das Ziel der *Global Environment Facility Programme* besteht darin, bei der Umsetzung des Cartagena-Protokolls für den Anbau von gentechnischen Pflanzen einen Gesetzesrahmen zu erarbeiten. Das klingt zunächst harmlos. In der Praxis heißt das aber, dass Regierungen Schritte einleiten sollen, um ausgerechnet den Anbau jener gentechnisch veränderter Pflanzen wie Kartoffeln, Mais, Baumwolle und Cassava voranzutreiben, die ihren Ursprung in den beteiligten lateinamerikanischen Ländern haben. Die Regierungen werden dazu gedrängt, Gesetze zu verabschieden und den Anbau von Pflanzen freizugeben, ohne zuvor eine eigenständige Kosten-Nutzen-Analyse über Vor- und Nachteile von gentechnisch verän-

dernten Pflanzen durchzuführen. Es geht nicht darum, das Saatgut und damit die Ernten vor gentechnischen Kontaminationen zu schützen, sondern durch den Anbau gentechnischer Pflanzen Fakten zu schaffen. Eine Verunreinigung anderer Ernten und der Quellen der biologischen Vielfalt im Land scheint dann nahezu unvermeidbar. Wenn das Programm Erfolg haben sollte, werden in einigen zentralen Ländern der biologischen Vielfalt nahezu unvermeidbar Fakten zur Ausbreitung gentechnischen Materials geschaffen, mit dem BMZ als drittgrößtem Geldgeber.

Die Autorin ist Referentin für Biologische Vielfalt, Patente und Gentechnik bei Misereor.

BUCHBESPRECHUNG

PROJEKTE DER HOFFNUNG

Im März 2005 fand im Goethe-Institut München eine Konferenz mit Trägern des „right livelihood award“, besser bekannt als Alternativer Nobelpreis, statt. Der Alternative Nobelpreis gilt international als wichtigste Auszeichnung für nachhaltiges Denken und Handeln. Die Kuratoren der Konferenz Geseko von Lüpke und Peter Erlenwein haben nun ein Buch zum Thema herausgegeben. Zwölf der Preisträger und Preisträgerinnen werden in dem Buch porträtiert, durch eigene Texte, Vorträge oder Interviews. Und jedes dieser Porträts ist lesenswert. Die Preisträger setzen sich in Ihren Projekten für Umweltschutz, Entwicklungs- und Gesundheitspolitik, Friedenserhaltung und kulturelle Vielfalt ein. Und sie machen deutlich: Die Probleme mögen zunehmen - doch auch die kreativen Kräfte des Wandels wachsen. Mit ihren ermutigenden Lösungsstrategien machen sie nicht nur Hoffnung; ihre Projekte und Initiativen zeigen auch, dass es für viele globale Probleme Lösungen gibt, die längst erfolgreich erprobt sind.

dr

Geseko von Lüpke, Peter Erlenwein: *Projekte der Hoffnung - Der Alternative Nobelpreis: Ausblick auf eine andere Globalisierung* Oekom Verlag 19,80 Euro

Zum Thema Gentechnik schreibt das Umweltinstitut:

„Keine Technologie greift so fundamental in den Alltag ein wie die Gentechnik in der Landwirtschaft - das Thema Nahrung betrifft jeden Menschen tagtäglich. Weltweit breitet sich Gentechnik auf Feldern und in Lebensmitteln immer weiter aus - die Profitgier von Konzernen und ihre Unterstützer in Wissenschaft und Politik sorgen für eine globale Vermarktung der unsicheren Laborkonstrukte...“

„...Dass gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere, einmal aus dem Labor in die Umwelt entlassen, sich selbständig vermehren, macht die Manipulation am Erbgut so gefährlich: Pollen oder Samen, vom Wind verweht, lassen sich genau so wenig wie Fische und Bakterien in einer „Rückholaktion“ wieder einsammeln, wenn sich herausstellt, dass der genmanipulierte Organismus schädliche Auswirkungen hat...“ Tiere und Pflanzen, die durch Gen-Manipulation einen Überlebensvorteil haben, können zur Ausrottung ganzer Arten führen. Die biologische Vielfalt, Lebensgrundlage für Mensch und Tier, verändert sich mit unbekanntem Folgen oder geht unwiederbringlich verloren.

...„Niemand kann vorhersehen, wie sich das freigesetzte, manipulierte Erbgut in der Umwelt und im Austausch mit anderen Organismen verhalten wird. Diese Technologie ist deshalb viel zu gefährlich, um sie aus dem geschlossenen Labor in die freie Natur zu entlassen.“

Unter <http://www.umweltinstitut.org/frame-set.htm> können Sie verschiedene Broschüren des Umweltinstituts zum Thema Gentechnik herunterladen.

„Es gibt im gegenwärtigen Wortschatz für den Ausdruck der Geringschätzung nur wenige Wörter, die so endgültig verdammen wie das Wort unwirtschaftlich.“

Aus dem Buch „Small is beautiful“ von Ernst Friedrich Schumacher

ÖKOLOGISCHE BILDUNGS- UND NATURERLEBNISREISEN 2007

Führung Hartwig Walletschek, Biologe

Sie wollen großartige Natur hautnah erleben? Sie wollen den Zauber genießen, der von intakter Landschaft ausgeht? Sie wollen tiefere Einblicke in die phantastischen Beziehungsnetze gewinnen, die Lebewesen untereinander geknüpft haben? Sie wollen neue Einsichten in die Beziehung von Mensch und Natur gewinnen? Wir bieten Ihnen die Gelegenheit dazu. Wir zeigen Ihnen, welche Faszination von Natur ausgeht, wenn man in ihr wie in einem Buch lesen kann. Entdecken Sie Landschaften, die abseits der Touristenströme noch viel von ihrer ursprünglichen Schönheit bewahren konnten

Frühling in Nordost-Griechenland

Termin: 12. – 26. Mai 2007

**Kerkini-See-Gebiet / Zentral-Rodopen / Nestos-Tal / Greifvogelparadies bei Dadia:
im Reich von Bär, Wolf, Adler, Geier, Pelikan und Flamingo**

Der Nordosten Griechenlands, Heimat des Orpheus, präsentiert sich mal typisch mediterran, mal fühlt man sich an einen Steppensee in der Puszta versetzt, mal glaubt man durch den Nordschwarzwald zu wandern, mal wird man an Südkandinavien erinnert. Die wildromantischen Rodopen (heute ein fast menschenleeres Mittelgebirge) mit ihren behäbigen Bergstöcken, einsamen Hochflächen, schluchtartigen Tälern und weiten Bergkesseln prägen die Landschaft. In den Ebenen breiten sich Feuchtgebiete unterschiedlichen Charakters aus. An der Küste wechseln sich weite Sandstrände mit felsigem Terrain ab. Terrassenfelder und mit Sicheln geschneitete Bäume fallen im Siedlungsgebiet der Muslime ins Auge. Der Aufenthalt verspricht unvergessliche Naturerlebnisse.

Niederösterreich

Termin: 7. – 10. Juni 2007

Wildnisgebiet Dürrenstein: im Reich von Bär, Gämse, Steinadler und Auerhuhn

In einer großartigen Gebirgslandschaft rund um den 1848 m hohen Dürrenstein erwarten Sie schluchtartige Bergtäler, pittoreske Felsformationen, naturnahe Bergwälder, blumenreiche Almen und einzelne Hochmoore. Das einzige Wildnisgebiet der Ostalpen beherbergt eines der ältesten und eindruckvollsten Urwaldreservate Europas (seit 1875 unter Schutz). Im Frühjahr erfreuen üppige Narzissenwiesen das Auge. Heute leben wieder Bär und Luchs in der Region. Dazu gesellen sich u. a. Gämse, Hirsch, Steinadler, Alpenschneehuhn, Auer- und Birkwild, Apollofalter und Alpenbock.

Farbenprächtiger Herbst in Südslowenien

Termin: 30. September – 7. Oktober 2007

Unbekanntes Naturparadies Kocevsko: im Reich von Bär, Wolf und Luchs

Herrliche, artenreiche Laubmischwälder bedecken die wildromantische Mittelgebirgslandschaft (bis 1200 m hoch). Neben blütenreichen Wiesen und Magerrasenflächen unterbrechen parkartige Landschaftselemente die Waldwildnis. Im zerklüfteten Kalkgestein hat das Wasser mächtige Höhlensysteme, unterirdische Flussläufe, Dolinen und periodische Seen geschaffen. Neben Bär, Wolf, Luchs, Schwarzstorch, Auer- und Haselwild bezeugt eine üppige Reptilien-, Insekten- und Pflanzenwelt den biologischen Reichtum der Region.

Weitere Informationen und Anmeldung:

Bund Naturschutz, Kreisgruppe München, Pettenkoflerstr. 10a, 80336 München

Tel.: 089/51 56 760 Fax: 089/51 56 76 77 e-mail: info@bn-muenchen.de

BUCHBESPRECHUNG

Eine unbequeme Wahrheit

Al Gore gilt seit Jahren als Umweltaktivist und als er Vizepräsident der Vereinigten Staaten wurde, waren die Erwartungen groß, dass er auch später zum Präsidenten gewählt würde. Aufgrund des amerikanischen Wahlsystems zog dann doch George W. Bush ins Weiße Haus ein und betrieb seine bekannte industriefreundliche Politik. Was Gore anders gemacht hätte, muss Spekulation bleiben. Das Kyoto-Protokoll hätte er aber vermutlich unterschrieben. Schließlich beschäftigt ihn der CO₂-Anstieg in der Atmosphäre schon seit seinem Studium in den 60er Jahren.

Nach seiner Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen nahm er seine weltweite Vortragstätigkeit wieder auf. Auf Grundlage dieses Standardvortrags entstanden der Film und das

gleichnamige Buch: „An Inconvenient Truth – Eine unbequeme Wahrheit“.

In Europa hat beides nicht so großes Aufsehen erregt wie in Amerika. Das liegt aber vermutlich weniger an der starken Betonung von Gores Biografie, die für uns Europäer etwas befremdlich wirkt, als an der Tatsache, dass die unbequeme Wahrheit hier schon weiter ins Bewusstsein gedrungen ist. Das reich bebilderte Buch enthält eine Fülle von Daten, Diagrammen und Fotos, die durchaus geeignet sind, auch Umweltmuffel aufzurütteln. Wegen der aufwendigen Aufmachung ist es auch durchaus als Geschenk geeignet.

dr

Al Gore: Eine unbequeme Wahrheit – Die drohende Klimakatastrophe und was wir dagegen tun können – Riemann Verlag - Sachbuch, 328 Seiten, 19,95 Euro

Es geht doch:

Eingebauter Klimaschutz

Zitat: „Wer in Baden-Württemberg ein Haus baut, soll künftig verpflichtet werden, regenerative Energieträger zu verwenden. Es werde in Zukunft keine Neubauten ohne „eingebauten Klimaschutz“ mehr geben, sagte CDU-Fraktionschef Stefan Mappus am Donnerstag im Stuttgarter Landtag. Diese bisher bundesweit einmalige Verpflichtung kann nach Angaben von Mappus schon bis zum nächsten Sommer in der Landesbauverordnung festgeschrieben werden.“

Bauherren sollen wählen können, ob sie Solarzellen, Erdwärme oder die Verfeuerung von Holzpellets einsetzen. Wie groß der Anteil der regenerativen Energie am Gesamtverbrauch eines Haushaltes sein soll, steht noch nicht fest. Die CDU-Fraktion will dafür ein Förderprogramm von etwa fünf Millionen Euro auflegen. Das Vorhaben sei ein Beitrag zum Klimaschutz und verfolgt das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energie in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren von acht auf 20 Prozent zu steigern.

Björn Klusmann vom Bundesverband Erneuerbare Energien begrüßte das Vorhaben. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Nutzung alternativer Energiequellen sei „eine neue Dimension“. Die geplante Fördersumme von fünf Millionen Euro sei aber sehr gering, außerdem sei die große Zahl der Altbauten von der Verordnung ausgenommen.

Die Nachfrage nach Solarzellen und Wärmeträgern im Hausbau stieg in den vergangenen Jahren stark an. Die bisherigen Förderprogramme des Bundes hätten aber den Nachteil gehabt, dass sie nicht konstant waren, sondern je nach Haushaltslage aufgelegt wurden, sagt Klusmann. In diesem Jahr nahm die Nachfrage im Vergleich zum Vorjahr um 50 Prozent zu; bereits zur Jahresmitte waren die zur Verfügung stehenden Mittel von 180 Millionen Euro übertroffen. Etwa 50 000 Antragsteller können daher erst in den nächsten Jahren mit Zuschüssen rechnen.“

Bernd Dörries in der Süddeutschen Zeitung vom 14. Dezember 2006

Gedanken von Elisabeth Lukas:

**„Wer das kleinste Ding der Schöpfung wertschätzt,
wird innerlich reich bleiben, noch in der bittersten Armut“**

IMPRESSUM

Herausgeber

E. F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie e.V.
Situlistraße 75
80939 München

Telefon: 089/32462951

oder in dringenden Fällen 089/9039333

Fax: 089/90469005

Internet:

info@e-f-schumacher-gesellschaft.de

www.e-f-schumacher-gesellschaft.de

Sie finden uns auch im Internet unter
www.e-f-schumacher-gesellschaft.de

Verantwortlich für den Inhalt

Ulrich Diekmeyer,
Prof. Dr. Ernst Schimpff

Redaktion

Dr. Doris Rüb, Isabella Barbagallo

Redaktionsadresse

Isabella Barbagallo
Lusenweg 34
85748 Garching
Telefon 089/32928803
Fax 089/32928805
Email: Barbagallo@t-online.de

Mitarbeit/Autoren

Isabella Barbagallo, Andreas Bauer,
Bernd Dörries, German Watch, Uto Hopf,
Dr. Doris Rüb (dr), Mute Schimpf,
Martin Schmid-Bredow

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben die Meinung des Autors, nicht in
jedem Fall die der Redaktion wieder*

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe
zu kürzen*

Vertrieb

Der Infobrief wird kostenlos an die Mitglieder der E.F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie verteilt

Bankverbindung

Postbank München
BLZ 700 100 80
Konto-Nr. 811 00 808

**Eine Bitte an die Nichtmitglieder:
Helfen Sie uns, den Infobrief durch eine
Spende zu finanzieren.**

**Bitte teilen Sie uns Ihre
Email-Adresse mit
(an Barbagallo@t-online.de),
damit wir Sie kurzfristig
über Terminänderungen
oder über wichtige Neuheiten
informieren können.**